

Der BND als Friedensmacht?

Mit aller Regelmäßigkeit werden mit der Abwahl einer Bundesregierung und der Arbeitsaufnahme der neuen unangenehme Details über das Agieren des Wahlverlierers bekannt. So war es bei Kohls Bimbessaffäre, und so ist es nun bei Gerhard Schröder der Fall. Positionierte sich die rot-grüne Bundesregierung 2005 noch als Friedensmacht, wurde in den vergangenen Wochen immer mehr über die wahre Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik bekannt.

Alles begann mit Informationen über die Entführung des deutschen Staatsbürgers El Masri durch die CIA nach Afghanistan. Im Nachgang kamen Fragen zu geheimen CIA-Gefangenenflügen auf. Vorerst endete die Aufarbeitung der rot-grünen Regierungszeit mit dem Verdacht, dass der BND aktiv am Irakkrieg beteiligt war.

Eilig bemühte sich Außenminister Steinmeier um »Aufklärung« und stand wenigen Abgeordneten des Bundestages unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) Rede und Antwort. Das Dilemma der CDU und der Grünen wurde dabei offensichtlich.

Um den Koalitionsfrieden nicht zu gefährden, kann die Union nicht handeln wie sie will, um den Koalitionspartner SPD nicht zu beschädigen. Das wäre der Fall, wenn sich Kanzlerin Angela Merkel eingehender mit der Rolle ihres Außenministers und ehemaligen Chefs des Kanzleramtes auseinandersetzen würde.

Die Grünen, die sich noch nicht in der Oppositionsrolle gefunden haben, müssen einen schmerzhaften Spagat aushalten: Auf der einen Seite wollen sie ihre Klientel bedienen und ihren Willen um Aufklärung beweisen. Diese Rolle hat Hans-Christi-

an Ströbele, das schlechte Gewissen der ehemaligen linksliberalen Bürgerrechtspartei, übernommen. Auf der anderen Seite scheuen sich die Grünen davor, ihr Idol, Ex-Außenminister Joseph Fischer vom Sockel zu stoßen. Das Chaos ist also perfekt. So entschlossen sich die Grünen bereits vor über einem Monat zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Dann kam jedoch der Rückzieher. Plötzlich, so hatte man den Eindruck, genügten die an das PKG gegebenen Informationen. Jedenfalls ließ Ströbele, Mitglied im Gremium, kein Interview aus, um dies wortreich zu betonen. Nicht so die Linksfraktion im Bundestag. Deren Mitglied im PKG, Wolfgang Neskovic, verließ sogar aus Protest über die Informations- und Geheimhaltungspraxis eine Tagung des Gremiums.

Zu oft mussten die Abgeordneten des Bundestages neue Informationen beispielsweise zur Rolle des BND im Irak der Presse und nicht der Information der Bundesregierung entnehmen. Die Zweifel häuften sich, ob denn zum Beispiel der deutsche Geheimdienst lediglich als »Friedensmacht« am Tigris tätig war. Linksfraktion und FDP drängten weiter auf einen Untersuchungsausschuss. Dieser hat zwei entscheidende Vorteile gegenüber der bisherigen Form der Aufklärung in der PKG. So können Akten zum Sachverhalt von der Regierung eingefordert werden. Im PKG existiert ein solches Recht nicht. Darüber hinaus tagt ein Untersuchungsausschuss öffentlich. Zweifelsohne ein Vorteil, denn Informationen, die Abgeordnete in der PKG erhalten, sind einer strengen Geheimhaltung unterworfen und dürfen folglich auch nicht öffentlich gemacht werden. Diese Geheimniskrämerei ist es aber gerade, die jegliche Versuche der Aufklärung ins Leere laufen lässt.

Die Salamitaktik der Bundesregierung ist mit dem von den drei Oppositionsfraktionen geforderten Untersuchungsausschuss nicht aufgegangen. Linksfraktion, FDP und Grüne haben sich nun endgültig auf drei Schwerpunkte einigen können. Demnach soll geklärt werden, welche Erkenntnisse die Bundesregierung über die CIA-Flüge gehabt hat, welche Informationen deutsche Stellen von Entführungen deutscher Staatsbürger wie El Masri hatten und letztlich die Frage, was die Rolle des BND im Irak genau gewesen ist.

Egal, wie das Ergebnis der Untersuchung ausfallen wird, eines ist bereits jetzt deutlich: CDU, SPD und Grüne haben jegliche Glaubwürdigkeit in der Frage der Wahrung der Demokratie und Bürgerrechte in diesem Land verspielt.

Liebe Leserinnen und Leser



hiermit erhalten Sie die erste Ausgabe des Roten Reporters, der künftig regelmäßig vier mal im Jahr erscheinen wird.

Mit dem Roten Reporter informiere ich Sie regelmäßig über meine Arbeit im Bundestag, gebe Anregungen und berichte über das, was in den Medien selten zu finden ist. Ein Schwerpunkt des Roten Reporters wird die Entwicklung des Datenschutzes, der Kontrolle der Geheimdienste und andere wichtiger Fragen der Innenpolitik sein. So finden Sie in der vorliegenden Ausgabe zum Beispiel Informationen über die sog. Vorratsdatenspeicherung, die einen eklatanten Eingriff in die Grundrechte darstellt. Des Weiteren werde ich Sie regelmäßig über meine Aktivitäten im Wahlkreis und im Land Sachsen-Anhalt informieren, ebenso finden Sie Informationen über Aktivitäten meiner Fraktionskollegen.

Ich verstehe den Roten Reporter als ein bescheidenes Mittel, um Gegenöffentlichkeit herzustellen, Alternativen von links zu kommunizieren und nicht zuletzt Rechenschaft über meine Arbeit im Bundestag abzulegen.

Über Rückmeldungen, Kritik und Vorschläge würde ich sehr freuen.

In diesem Sinne wünsche ich Freude und einen größtmöglichen Erkenntnisgewinn beim Lesen des Roten Reporters.

Ihr
Jan Korte



Mehr aus Bernburg
und Berlin.
Mehr über linke Politik.
Mehr über Jan Korte.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

www.jankorte.de

Im Visier der SCHUFA

Jeder hat schon mal eine Schufa-Klausel unterschrieben, wenn er ein Konto eröffnen oder etwas bei einem Versandhaus bestellen wollte. In die Kritik geraten ist jetzt das Scoring-Verfahren. Anders als bei der normalen Schufa-Auskunft werden hier keine personenbezogenen Daten abgefragt. Vielmehr sind es statistische Angaben, die eine Aussage über die Kreditwürdigkeit treffen sollen. Dazu werden beispielsweise Alter, Geschlecht, Wohngegend, Zahl der Kreditkarten und Konten und vieles mehr abgefragt. Daraus errechnet sich dann ein Punktwert, der Score.

Problematisch ist, dass der Verbraucher keinen Einfluss auf seinen persönlichen Score hat. Wer in der falschen Gegend wohnt, kann schon mal Pech haben, und als nicht kreditwürdig gelten, selbst wenn er immer pünktlich seine Rechnungen bezahlt.

DIE LINKE hat deshalb im Bundestag gefordert, solche Verfahren zu begrenzen, die Aussagen allein aufgrund statistischer Angaben und Wahrscheinlichkeiten treffen. Zudem sollen die Schufa und andere Auskunftsteile den Verbrauchern künftig rechenschaftspflichtig darüber sein, wie der Score zustande kommt und welche Faktoren ihn beeinflussen.

übrigens

Wissen, was die Schufa weiß

Um zu wissen, was die Schufa über Sie weiß, können Sie unter www.meineschufa.de Ihre Schufa-Selbstauskunft bestellen. Die Auskunft kostet 7,50 Euro.

Unschuldsvermutung passé

Klammheimlich hat sich heute eine Situation eingestellt, in der wir alle davon ausgehen können, dass kein Bereich des Privaten mehr privat ist. Schließlich kann in jedem Kinderzimmer ein Terrorist lauern, kann jedes Telefonat und jede E-Mail dazu dienen, den nächsten Anschlag vorzubereiten.

Die EU-Kommission hat eine Richtlinie zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten vorgelegt, die der Bundestag inzwischen mit der Mehrheit der Koalition in einer Entschließung verabschiedete. Mit dieser Richtlinie sollen noch in diesem Jahr Telefon- und Internetanbieter verpflichtet werden, Kommunikationsdaten bis zu 24 Monate zu speichern.

Gespeichert werden sollen Gesprächspartner, Zeit und Dauer der Kommunikation, bei Internet zusätzlich auch die IP-Adresse und die Einwahlnummer, bei Mobilfunk auch die Standortdaten mindestens am Beginn der Kommunikation.

Die Umsetzung der Richtlinie würde bedeuten, dass in einem Maße personenbe-

zogene Daten gesammelt werden müssten, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben. Kernpunkt unserer Kritik ist, dass jeder und jede zunächst unter Generalverdacht steht. Alle Anrufe werden gespeichert, jede SMS, jede E-Mail, jede Bewegung im Internet. Die individuellen Profile, die sich damit über Menschen erzeugen lassen, die Telekommunikation benutzen, sind gigantisch und werden Begehrlichkeiten wecken. Telekommunikation kann damit nicht mehr vorbehaltlos geführt werden. Der Clou ist, dass die Speicherung verdachts- und anlassunabhängig erfolgt. Daten werden auf Vorrat gespeichert, alle sind verdächtig, die Unschuldsvermutung hat keine Relevanz mehr. Die Richtlinie ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Selbst die Pressefreiheit wird von der Vorratsspeicherung tangiert, da niemand mehr einen vernünftigen Informanten- und Quellenschutz garantieren kann.

Praktische Auswirkungen der Vorratsdatenspeicherung zeigen sich zum Beispiel in der Debatte um die Novellierung des Urheberrechtes. Die Notwendigkeit der Richtlinie wird meist mit dem Kampf gegen den Terror begründet. Aber schon jetzt ist absehbar, dass die gespeicherten Daten vor allem dazu verwendet werden, Nutzer von Musikaustauschbörsen strafrechtlich zu verfolgen, denn erst mit der Speicherung auf Vorrat stehen überhaupt die benötigten Daten zur Verfügung. In dem Sinne sorgt die Datenspeicherung nicht für mehr Sicherheit, sondern schützt lediglich die Interessen der Musikindustrie. Aus diesen Gründen bleibt DIE LINKE auch weiterhin bei ihrem Nein zur Vorratsdatenspeicherung.



Grundsicherung und Zwang zur Arbeit?

Die Fraktion DIE LINKE fordert zur Überwindung von Hartz IV neben dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der Verlängerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes und der Verhinderung der Zwangsumzüge auch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.

Diese soll sich in der Höhe an der Armutrisikogrenze orientieren, also weit über den derzeitigen Regelsätzen liegen. Die Grundsicherung muss jedem hier lebenden, bedürftigen Menschen individuell, also ohne eine Anrechnung der Einkommen des Partners, garantiert sein. Zusätzlich soll eine Grundsicherung für Kinder eingeführt werden.

Auf der Anhörung der Fraktion zum Entwurf eines entsprechenden Rahmenantrages stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in weiten Teilen dem Inhalt des Entwurfs zu. Sie brachten aber auch Verbesserungsvorschläge ein. Viele soziale Bewegungen und Betroffeneninitiativen forderten beispielsweise ein Existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen für alle, zumindest aber eine Grundsicherung ohne jeglichen Zwang zur Arbeit. Diese Forderung war Anlass, die Formulierung gegen den Zwang zur Arbeit aus dem Grundsicherungsantrag der Linken Liste / PDS aus dem Jahr

1993 in den Rahmenantrag zu übernehmen und auch die Abschaffung der Zumutbarkeitsregelungen zu fordern. Die Abstimmung in der Fraktion ergab zunächst eine Mehrheit gegen den Zwang zu jeglicher Erwerbsarbeit. Aufgrund eines angemeldeten dringenden Diskussionsbedarfes mehrerer Abgeordneter wurde eine erneute Debatte vereinbart. Im Rahmen dessen wurde eine Kompromissformel ausgehandelt. Der Rahmenantrag spricht nunmehr von einer Grundsicherung mit einer repressionsfreien Zumutbarkeitsregelung. Diese Formulierung enthält eine qualitative Weiterentwicklung gegenüber der bisherigen, weil sie zum Beispiel die politische und religiöse Gewissensfreiheit zur sanktionsfreien Ablehnung angebotener Arbeit anerkennt. Gleichzeitig wurde vereinbart, das Thema Zwang zur Arbeit in der Fraktion weiter zu diskutieren und gemeinsam mit Experten auf der nächsten Fraktionsklausur Anfang Juli zu erörtern.

Auch wenn die Wogen bei der Diskussion dieses Themas in der Fraktion und in den sozialen Bewegungen hoch schlugen, ist die Diskussion solcher grundsätzlichen Fragen wichtig und bringt uns weiter. Der Dialog über die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme wird weiter gehen. Zum gemein-

samen Kampf für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit gibt es keine Alternative. *Katja Kipping, MdB, Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*



Der Rahmenantrag der Fraktion DIE LINKE »Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategie zur Überwindung von Hartz IV« ist unter www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/pdfs/240106_antragartziv.pdf abrufbar.



Foto: Deutscher Bundestag

Linksfraktion fordert: Privilegien für Bundestagsabgeordnete streichen

Die Linksfraktion fordert einen Systemwechsel bei den Bezügen der Bundestagsabgeordneten einschließlich des Abbaus von Privilegien. »Es ist nicht zeitgemäß, sich jenseits derer zu stellen, die sie vertreten«, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin, Dagmar Enkelmann, in Berlin.

Die Linksfraktion plädiert dafür, dass auch die Politiker künftig einen Beitrag zur Rentenversorgung leisten müssen. Dies könnten sowohl Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung als auch in ein Versorgungswerk sein. Ferner solle die Kostenpauschale etwa für Miete und Büro nicht steuerfrei bleiben.

Ein Treffen zur Neuregelung der Abgeordneten-Diäten war am Montagabend ohne greifbares Ergebnis zu Ende gegangen. Die von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eingeladenen Fraktionschefs konnten sich nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Lammert sagte am Dienstag im Deutschlandfunk, die Abgeordneten-Diäten sollten

in dieser Legislaturperiode nur entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung angehoben und eine Neuregelung auf 2009 verschoben werden. Bis dahin dürften die Diäten aber nicht noch mehr abweichen von der vorgeschriebenen Orientierung an den Bezügen der obersten Bundesrichter. Die Diäten seien drei Jahre nicht angepasst worden und dadurch von den Richterbezügen abgekoppelt.

Der andere Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Ulrich Maurer, sagte, zur allgemeinen Einkommensentwicklung zählten aber auch die vielen Hartz-IV-Empfänger. Demnach müssten die Bruttobeträge nach unten gehen und die Diäten von derzeit monatlich 7009 Euro gekürzt werden.

Zunächst solle der Bericht des Präsidenten abgewartet werden, der am 18. April vorliegen solle. »Im Grunde ist die Diätenreform aber mit Montagabend gestorben«, sagte Maurer. Vor allem die Union verweigere sich der Debatte über Einschnitte für die Abgeordneten.

Versprochen und gebrochen

Im Juni 2004 schloss die Bundesregierung mit den Wirtschaftsverbänden einen Ausbildungspakt, dessen Ziel es war, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu beschaffen. Fast zwei Jahre später wiederholt sich die Erfahrung der letzten Jahre: Auf die Versprechen der Wirtschaft ist kein Verlass. Es klafft eine Lehrstellenlücke. Ende September 2005 kamen auf eine unbesetzte Lehrstelle vier Bewerber. Rund 400 000 Jugendliche sind in Warteschleifen geparkt und damit aus der Statistik gefallen. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen ist um 8,9 Prozent zurückgegangen, insgesamt bilden nur noch 23 Prozent der Betriebe aus.

Angesichts dieser Zahlen ist klar: Das Gesetz zur Ausbildungsplatzumlage, 2004 im Bundestag bereits beschlossen, aber nie in Kraft getreten, muss reaktiviert werden. Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag (Drs. 16/122) vorgelegt, der genau das zum Ziel hat: Eine Ausbildung für alle Jugendlichen mit einem Lehrstellengesetz nach dem Motto »Wer nicht ausbildet muss zahlen, wer ausbildet wird unterstützt«.

Von diesem Gesetz würden nicht nur die jungen Menschen profitieren, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen, die meist ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen. Zur Kasse gebeten würden hingegen größere Unternehmen, die nicht ausbilden, aber dennoch auf Fachkräfte zurückgreifen, die andere Betriebe ausgebildet haben.

Das Lehrstellengesetz hätte einen doppelten Nutzen. Es würde Jugendliche in Ausbildung bringen und für mehr Gerechtigkeit zugunsten der Unternehmen sorgen.

meldungen

Vizepräsidentin

Am 7. April wählte der Bundestag Petra Pau (DIE LINKE.) zu seiner Vizepräsidentin. Pau erhielt 385 von 581 Stimmen. Notwendig waren 308 Stimmen.

Nachdem Lothar Bisky im vergangenen Jahr in vier Wahlgängen scheiterte, hatte die Linksfraktion zunächst darauf verzichtet, einen neuen Kandidaten aufzustellen. Anfang April verständigte sich die Fraktion auf die Kandidatur von Pau.

Datenschutzprobleme bei ALG II

Die Bundesregierung räumt mit Blick auf das Arbeitslosengeld II »erhebliche datenschutzrechtliche Probleme« ein. Rund 40.000 Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit haben unkontrolliert Zugriff auf sensible gesundheitliche und familiäre Daten von Hilfesuchenden, wie etwa Informationen über Drogensucht oder Eheprobleme. Zurzeit erfolgt der Zugriff auf die Daten unabhängig von einer dienstlichen Notwendigkeit. Eine Protokollierung erfolgt nicht. Laut Regierung sind die Mängel noch immer nicht behoben worden, da die verwendete Software A2LL nicht ausreichend funktioniere.



Bürgerbüro eröffnet

Am 3. März eröffneten Jan Korte und Birke Bull im Herzen Bernburgs in der Kleinen Wilhelmstraße ihr gemeinsames Bürgerbüro. Gleich am Tage der Eröffnung wurde demonstriert, welchem Anspruch das Büro auch künftig gerecht werden soll. Ein offener Anlaufpunkt für jung und alt als Treffpunkt, Kommunikationszentrum, Beratungsstelle und Kulturzentrum. So war das

Bürgerbüro zur Eröffnung von früh bis spät Schauplatz von Veranstaltungen. Den zahlreichen Gästen wurden Diskussionsrunden, ein Diavortrag, Kinderspaß und schließlich auch viele Informationen geboten. Auch künftig steht das Bürgerbüro allen Interessierten offen. Hier erhalten Sie Informationen zur Arbeit der Abgeordneten, es werden Dokumente aus dem Landtag und dem Bundestag beschafft, in Bürgersprechstunden stehen die Abgeordneten Rede und Antwort. **Öffnungszeiten: Montag nach Vereinbarung, Dienstag 9–12 und 13–15 Uhr, Mittwoch 9–12 und 13–18 Uhr, Donnerstag 9–12 und 13–15 Uhr, Freitag 9–12 und 13–15 Uhr**



Strich-einteilung	Wildrind, Ur	Stimm-zettel-behälter	Oper von Delibes	engl. Schau-spieler	afrik. Trommel	ital. Filmpro-duzent	Bein-spreiz-übung	GLOSSE		
Frosch-larve							9			
Aus-strahlung einer Person				antike Säulen-halle	8		gebo-ene Unter-haltung		1	
Fahrrad-teil			7						2	
		11		Dino-saurier		jap. Maß Flug-körper im All			3	
oriental. Frauen-gemach	Wasser-vorwär-mer, Sparer		Einzug zu Pferde				14		4	
Kneipen-name			Bundes-staat Indiens			Karpfen-fisch	Spiel-karte		5	
			Einwoh-ner einer ital. Region	Halszäp-chenlaut			4		6	
Weh-laut					Teil der Segel-schiffe				7	
antiker Hafen Roms		13		indian. Einbaum	6	Haupt-stadt von Elam			8	
Wortbil-dungs-ele-ment für neu		Körper-ertüch-tigung					afrik. Nagetier, Kam-m-finger		aus-schwei-fendes Gelage	9
Friseur		feines Leder Kosmeti-kum		5		altgriech. Wett-kampf			10	
		2				hohes Bauwerk	12		11	
Stufe der Oberen Kreide						weibl. Vorname			12	
			3	frz. Bild-hauer			1	13		
Unter-lage, Beweis-stück		Wald-tier			Metall-stift			14		

Preisrätsel

Die Lösung bitte per Post oder E-Mail an das Wahlkreisbüro senden.

Der Preis ist ein Berlin-Besuch für zwei Personen, inklusive Hotelunterkunft, Anreise und einem Besuch im Bundestag beim Abgeordneten Jan Korte.



Zweiter Preis ist ein Büchergutschein im Wert von 20 Euro.

impresum

ViSdP: Jan Korte, MdB
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Ronald Blaschke, Katalin Gennburg,
Dominic Heilig, Jenny Schulz, Mark Seibert
Satz und Layout: DiG | TRIALON

Anschrift
Wahlkreisbüro Jan Korte, MdB
Kleine Wilhelmstraße 2b, 06406 Bernburg
Telefon: 034 71/62 32 33, Fax: 034 71/62 29 47
wahlkreis@jankorte.de, www.jankorte.de
Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 77 11 00, Fax: 030/22 77 62 01
jan.korte@bundestag.de